



Dr. Stefan Kaufmann

12/2015
22.06.2015

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

am Wochenende hat in Stuttgart erneut eine „Demo für alle“ stattgefunden. Wenngleich ich das Anliegen vieler besorgter Eltern nachvollziehen kann, die eine Einschränkung ihres Erziehungsrechts beklagen und fürchten, dass Familien mit Kindern ins Hintertreffen geraten, halte ich die Parolen beispielsweise von einer „Sexualisierung“ in den Schulen für genauso überzogen wie den von der Landesregierung aktuell beschlossenen Aktionsplan. Die grün-rote Landesregierung muss sich schon den Vorwurf gefallen lassen, die bereits aufgrund der Bildungsplandebatte aufgerissenen Gräben in Elternschaft und Gesellschaft durch den Aktionsplan weiter zu vertiefen.

Große Schwierigkeiten habe ich aber damit, wenn der Kampf für mehr Elternrechte mit dem Schüren von Ressentiments gegen Minderheiten und der Verbreitung von Fehlinformationen über die Öffnung der Ehe, mehr (sinnvolle) Vielfalt im Lehrplan und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare verbunden wird – und sich an der Demonstration auch reaktionäre Kräfte beteiligen, die ganz offensichtlich nicht nur Änderungen des Lehr- oder Aktionsplans anstreben, sondern letztlich eine andere Gesellschaftsordnung. Fakt ist: Die CDU beteiligt sich zu recht nicht an den Demos für alle; sie weiß um die Bedeutung des Elternrechts und hat die Familien im Blick. So hat der Bundestag erst in dieser Woche ein Familienleistungs-Paket beschlossen. Demnach steigen der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag für Geringverdiener. Davon profitieren auch Alleinerziehende. Das Paket hat einen Umfang von fünf Milliarden Euro. Klar ist aber auch: eine Anerkennung für Familien kann sich nicht nur in finanziellen Zuwendungen ausdrücken.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494

Fax: 030/227-76228

www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:

stefan.kaufmann@bundestag.de

Bundesvorstandssitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU

Berlin – Am Freitagnachmittag, 12. Juni 2015, war ich in der Bundesvorstandssitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) zu Gast. Unter der Leitung des KPV-Bundesvorsitzenden und Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ingbert Liebing stand das



Mit CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber MdB und dem KPV-Bundesvorsitzenden Ingbert Liebing MdB während der Bundesvorstandssitzung im Jakob-Kaiser-Haus des Deutschen Bundestages.

Thema Parteireform der CDU im Mittelpunkt der Beratungen. CDU-Generalsekretär Peter Tauber berichtete aus den Beratungen der von ihm geleiteten Kommission zur Parteireform „Meine CDU 2017“, der ich auch angehöre. Im Anschluss konkretisierte ich mit einem Bericht aus der Arbeitsgruppe „Große Städte“ der Kommission, die ich gemein-

sam mit Ole von Beust, dem ehemaligen Ersten Bürgermeister von Hamburg, geleitet habe und in der auch der KPV-Bundesgeschäftsführer Tim-Rainer Bornholt intensiv mitgearbeitet hat. Als Sprachrohr der Kommunen und Bürgermeister – von denen wir ja noch sehr viele stellen – spielt die KPV eine wichtige Rolle. In den Städten gibt es Hand-

lungsbedarf, unter anderem mit Blick auf die 15 größten Städte in Deutschland: inzwischen stellt die CDU in keiner von ihnen mehr den Oberbürgermeister. Es muss unser Anspruch sein, dies zu ändern. Hier sind natürlich in erster Linie die Gliederungen gefragt: sie müssen geeignete Bewerberinnen und Bewerber aufstellen, die zur jeweiligen Kommune

passen. Dazu gehört auch eine größere Offenheit gegenüber Frauen, Migranten und Quereinsteigern. Gerade was das Thema Frauen angeht konnte ich von den positiven Erfahrungen, die wir in Stuttgart machen, berichten. Seit ich Kreisvorsitzender bin, hat der Anteil an Frauen auf den Wahllisten der CDU Stuttgart erheblich zugenommen.

Bund unterstützt die Sanierung des Gustav-Siegle-Hauses mit 200.000 Euro

Berlin/Stuttgart – Gute Nachrichten aus Berlin für Stuttgart: Der Bund wird sich an der Sanierung des Gustav-Siegle-Hauses mit bis zu 200.000 Euro beteiligen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch, 17. Juni, die entsprechenden Mittel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm V der Beauf-



Das Gustav-Siegle-Haus am Leonhardsplatz © Stefan Frerichs/Wikipedia

tragten der Bundesregierung für Kultur und Medien freigegeben. Ich freue mich sehr, dass damit die Sanierung einer der traditionsreichsten Kultur- und Veranstaltungstätten in unserer schönen Stadt gefördert wird. Dafür hatte ich mich gegenüber Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters und meinem Kollegen Rüdiger Kruse, dem zu-

ständigen Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss, eingesetzt. Klasse, dass es geklappt hat! Das Gustav-Siegle-Haus am Leonhardsplatz ist nach Gustav Siegle benannt, der neben Gottlieb Daimler, Robert Bosch, Ferdinand Steinbeis und Eduard Pfeiffer zu den großen Stuttgarter Industriepionieren gehörte.

Im Jahr 2012 wurde das 100-jährige Jubiläum des Gustav-Siegle-Hauses gefeiert. Erbaut wurde es von dem bedeutenden Architekten Professor Theodor Fischer im Auftrag der Gustav-Siegle-Stiftung als Kulturhaus – und dies ist es seit dem Wiederaufbau in den 1950er Jahren bis heute.

Nachdem in den 1930er Jahren unter anderem Persönlichkeiten wie Gustav Stresemann, Rudolf Steiner und Albert Schweitzer und in den 1970er Rock- und Popgrößen aufgetreten sind, bestimmen heute die Stuttgarter Philharmoniker, der Jazzclub BIX und die Galerie KUNSTBEZIRK das Leben im Gustav-Siegle-Haus.

Brief aus Berlin

Nobelpreisträger Prof. Dr. Stefan Hell zu Gast im Forschungsausschuss



Von links: Dr. Rosemarie Hein (Die Linke.), Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD), Nicole Gohlke (Die Linke.), Ausschussvorsitzende Patricia Lips (CDU), Nobelpreisträger Prof. Dr. Stefan Hell, Kai Gehring (Grüne), Albert Rupprecht (CSU)
© Deutscher Bundestag/Achim Melde

Berlin – Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages war am Mittwoch, 17. Juni, der Nobelpreisträger für

Chemie 2014 und Direktor des Max-Planck-Instituts für biophysikalische Chemie Göttingen, Professor Dr. Stefan Hell zu Gast. Im Gespräch mit den Ausschussmitgliedern warb er für mehr Flexibilität in der Wissenschaftsförderung um „jungen Wilden“ eine Chance zu geben, und plädierte

für einen Kompromiss zwischen dem Anspruch auf Planungssicherheit für Forscher und einer dringend benötigten Flexibilität. In unserem Gespräch for-

derte er uns auf, „in Köpfe zu investieren“. Es seien die Köpfe, die in der Wissenschaft den Unterschied ausmachen würden, nicht die Laborausstattungen. Die Forschungs-Infrastruktur sei in Deutschland hervorragend. „Was wir im Max-Planck Institut bieten, kann die Harvard-Universität partiell nicht zur Verfügung stellen“, sagte er. Ein bereichernder Austausch für die weitere Arbeit an den wichtigen Forschungsthemen, die in der Öffentlichkeit leider oft nicht den Raum erhalten, den sie aufgrund ihrer Bedeutung verdienen. Nichtsdestotrotz arbeite ich mit Begeisterung und Nachdruck an diesen Fragen!

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum EU-Gipfel



Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Regierungserklärung im Bundestag. © Tobias Koch

Berlin – „In der EU stehen wir vor enormen inneren wie äußeren Herausforderungen, die alle mehr oder weniger gleichzeitig bewältigt werden müssen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag, 18. Juni, anlässlich der Tagung des Europäischen Rates am 25. und 26. Juni in Brüssel. Zu den zentralen Themen des Gipfels der Staats- und Regierungschefs gehören die Migrations- und Flüchtlingspolitik, der internationale Terror, die Lage in der Ukraine und Reformen der Europäischen Union. Nicht offiziell auf der Tagesordnung steht

das Thema Griechenland. Trotz der stockenden Verhandlungen mit der griechischen Regierung und den internationalen Gläubigern schließt die Kanzlerin eine Einigung im Schuldenstreit mit Griechenland nicht aus. „Griechenland ist in den letzten fünf Jahren ein beispielloses Maß an europäischer Solidarität zuteil geworden“, sagte sie im Plenum. Jedoch habe das Land notwendige Strukturreformen „immer wieder verschleppt“. Dennoch seien die Bemühungen Deutschlands weiter darauf gerichtet, dass Griechenland in der Eurozone bleibt. Mit Blick auf Spanien, Irland und Portugal, die ihre Hilfsprogramme erfolgreich abgeschlossen hätten und wieder auf eigenen Beinen stünden, sagte die Kanzlerin: „Diese Länder haben ihre Chancen genutzt.“ Meine Position in Sachen Griechenland, die ich in meinem Brief aus Berlin 04/2015 anlässlich der Abstimmung über die Verlängerung des zweiten Hilfspakets dargelegt hatte, hat sich nicht geändert. Es gilt die Einhaltung des Prinzips von

Leistung und Gegenleistung. Das heißt konkret: Solidarität und Hilfe auf Grundlage von Reformen bei Einigung mit den Institutionen. Die griechische Regierung hat allerdings bis heute die Bedingungen nicht eingehalten. Ich bin für Solidarität mit dem griechischen Volk, nicht jedoch mit der griechischen Regierung, die bisher keine Anstalten macht, erforderliche Reformen einzuleiten und deren brachiale Rhetorik nicht nur mir übel aufstößt. Einem möglichen weiteren – dritten – Hilfsprogramm werde ich deshalb nach Stand der Dinge nicht zustimmen können. Ich sehe hierfür auch keine Mehrheit in der Unionsfraktion. Griechenland ist jetzt am Zug; die Regierung muss endlich die Hausaufgaben im eigenen Land machen. Es ist erklärtes Ziel meiner Fraktion, Griechenland im Euro zu halten. Doch es gilt weiter, was Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bereits im Februar im Plenum gesagt hat: „Solidarität heißt nicht, dass man einander erpressen kann, sondern dass jeder seinen Teil beitragen muss.“

Praktikum im Parlament



Mit Askar Kleefeldt (links) und Prof. Dr. Stefan Hell vor der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung im Paul-Löbe-Haus des Bundestages

Berlin – Begleitet hat mich in der letzten Sitzungswoche Askar Kleefeldt. Er steht gerade genau zwischen Schule und Studium und nutzte das Praktikum als Gelegenheit, um einen Blick in den Arbeitsalltag im Bundestag zu erhalten. Besondere Höhepunkte der Woche waren unter anderem die Sitzung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der Bundesministerin Johanna Wanka zu Gast war. Auch in der Ausschusssitzung für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung gab es mit Chemie-Nobelpreisträger Stefan Hell einen prominenten Gast. Durch seine Forschung kann heutzutage mithilfe der Lichtmikroskopie in völlig neue Bereiche vorgedrungen werden. Dadurch können wiederum andere Forschungsbereiche – beispielsweise die Virenforschung – revolutioniert werden. Dies war für Askar Kleefeldt ganz besonders spannend, da er ein Studium der Biochemie anstrebt. Ein weiteres Highlight: das Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Bundeskanzlerin Angela Merkel als Ehrengast.



Besuchen Sie mich auf Facebook!

Auf Facebook finden Sie mich unter: www.facebook.com/StefanKaufmannMdB

Brief aus Berlin

Flüchtlinge – Bund verdoppelt Finanzhilfen für Kommunen



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich und dem Ersten Bürgermeister von Hamburg Olaf Scholz © Bundesregierung/Denzel

Berlin – Die stark ansteigende Zahl von Asylbewerbern stellt die Kommunen vor eine große Herausforderung bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Als Unionsfraktion wissen wir, dass sich die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung nur erhalten lässt, wenn wir diejenigen Menschen aufnehmen, die tatsächlich politisch verfolgt oder Bürgerkriegsflüchtlinge sind. Und auch nur diese – denn nur ein Drittel aller Asylbewerber ist tatsächlich verfolgt. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist am Donnerstag, 18.

Juni, mit den Ministerpräsidenten der Länder zusammengekommen. Bei ihrem Treffen im Bundeskanzleramt bekräftigten die Regierungschefs von Bund und Ländern ihr Bekenntnis zur Verantwortungsgemeinschaft in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Bund wird seine Hilfen für Länder und Kommunen verdoppeln und dieses Jahr nunmehr eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen die steigenden Lasten gemildert werden, die Länder und Kommunen durch die zunehmende Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu tragen haben. Die Kanzlerin und Regierungschefs der Länder dankten allen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren und sich für Menschen einsetzen, die

vor Krieg und Terror geflohen sind. Dabei stellte Angela Merkel auch klar: „Wir sind uns aber auch einig, dass unterschieden werden muss zwischen denen, die einen Anspruch auf Schutz haben, und jenen, die einen solchen Anspruch nicht haben und aufgrund dessen dann auch keine Bleibeperspektive haben.“ Bereits im Vorfeld zu dem Bundesländer-Gespräch hatte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, mein bayerischer Kollege Stephan Mayer, betont, dass abgelehnte Asylbewerber von den hierfür zuständigen Ländern zügig abgeschoben werden müssen und Duldungen restriktiv gehandhabt werden sollten. Mit Blick auf die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten hatte Ingbert Liebing, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der Fraktion, klargestellt, dass wir von den Ländern erwarten, dass sie „transparent darlegen,

wie diese Mittel verwendet werden. Entscheidend ist, dass die zusätzlichen Gelder des Bundes tatsächlich vor Ort für die Aufnahme von Flüchtlingen ankommen. Die Kommunen sind angemessen zu beteiligen. Das Geld darf von den Ländern nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht oder wie beispielsweise in Schleswig-Holstein zweckentfremdet zur Finanzierung weiterer Lehrerstellen eingesetzt werden. Auch hier müssen die Länder Zusagen einhalten und konsequent umsetzen.“ Ich selbst kann davon mit Blick auf den Bildungsbereich ein Liedchen singen: hier haben die Länder ihre Zusage, die in ihren Haushalten durch die vollständige Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund freiwerdenden Mittel für eine bessere Wissenschaftsfinanzierung aufzuwenden, nicht eingehalten. Das darf sich in der Flüchtlingsfrage nicht wiederholen!

Preisverleihung Pangea-Mathematik-Wettbewerb



Stuttgart – An der Uni Stuttgart wurden vorvergangenen Samstagnachmittag, 13. Juni, die Preise des bundesweiten Pangea-Mathematik-Wettbewerbs für Schülerinnen und Schüler verliehen. Gerne habe ich teilgenommen. Besonders freut mich, dass Baden-Württemberg wieder einmal besonders erfolgreich war und

mit Christian König auch den Bundessieger unter den fast 120.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellt. Herzlichen Glückwunsch an alle Preisträger! Nach der Verleihung der Goldmedaillen habe ich in einem kurzen Grußwort wieder einmal auf die wichtige Rolle der MINT-Fächer in Deutschland hingewiesen.

Einweihung des restaurierten Kaffeewasserbrunnens



Stuttgart – Schön war es am vorvergangenen Samstagvormittag, 13. Juni, bei der Einweihung des restaurierten Kaffeewasserbrunnens in Stuttgart-Nord. In und um Stuttgart gibt es mehr als 250 Brunnen. Die Stiftung Stuttgarter Brünnele setzt sich für den Erhalt unserer Brunnen ein – damit sie weiterhin sprudeln! Ein tolles Engagement

von Peter H. Haller und Herbert O. Rau (links und rechts auf dem Foto) für unsere schöne Stadt! An der Einweihung teilgenommen hat auch Sabine Mezger (4.v.r.), Bezirksvorsteherin in Stuttgart-Nord und unsere Schriftführerin im CDU-Kreisvorstand. Der Kaffeewasserbrunnen befindet sich außerhalb der Grünanlage Hermann-Lenz-Höhe an der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Birkenwaldstraße. Wie es der Name bereits andeutet, holten sich früher vermutlich Anwohner hier ihr Kaffeewasser.